

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 26.02.2019

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 20:30 Uhr

Anwesend:

SPD

Herr Brücher
Frau Gorsler stellv. Vorsitzende
Herr Kaufmann
Herr Pieplau
Frau Weißefeld

CDU

Herr Copertino (bis 19.55 Uhr)
Herr Hüsemann
Herr Jung
Frau Schellong
Herr Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Holler-Göller
Herr Hood Vorsitzender
Frau Wegner

BfB

Herr Bolte (bis 19.10 Uhr)

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic Integrationsrat (bis 19.15 Uhr)
Frau Huber Seniorenrat
Herr Schneck Beirat für Behindertenfragen
Herr Teutrine FDP-Ratsgruppe (bis 20.25 Uhr)

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
 Beigeordnete Frau Ritschel
 Frau Krutwage

Frau Schulz

Herr Dr. Schmid

Herr Jösting
 Herr Bergen

Frau Heller

Frau Vogel

Frau Kleiner
 Herr Linnenbürger

Gäste

Herr Paus
 Herr Dr. Aubke

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5
 Dezernat 3
 Büro für Integrierte Sozialpla-
 nung und Prävention
 Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-
 Gesundheits-, Veterinär- und
 Lebensmittelüberwachungsamt
 Amt für Schule
 Büro für Integrierte Sozialpla-
 nung und Prävention
 Büro für Integrierte Sozialpla-
 nung und Prävention
 Büro für Integrierte Sozialpla-
 nung und Prävention
 Stab Dezernat 3
 Stab Dezernat 5

AGW
 Vorsitzender des Seniorenrates

Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Von Seiten der Verwaltung gibt es zu TOP 16 nichts Neues zu berichten. Der TOP wird deshalb abgesetzt. Weitere Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1

Begrüßung von Frau Wegner als neues stellvertretendes Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorsitzender Herr Hood begrüßt Frau Wegner als neues stellvertretendes Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sozial- und Gesundheitsausschuss.

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 39. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 19.12.2018

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 39. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 19.12.2018 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 40. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 22.01.2019

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 40. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 22.01.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Mitteilungen**

Zu Punkt 4.1 **Erweiterungsbau im Drogenhilfezentrum Borsigstraße**

Beigeordneter Herr Nürnberger erinnert an die SGA-Sitzung am 10.10.2017, die in den Räumen des Drogenhilfezentrums stattgefunden habe. Bei dieser Gelegenheit sei die Notwendigkeit der räumlichen Erweiterung verdeutlicht worden. Im Februar 2018 sei daraufhin ein entsprechender Ausbau des Drogenkonsumraums beschlossen worden. Nunmehr könne er die Fertigstellung vermelden. Es stünden zusätzlich sechs neue Plätze für den inhalativen Konsum zur Verfügung.

Nach wie vor seien eine hohe Nutzung des Drogenhilfezentrums und auch ein Anstieg der Konsumvorgänge zu verzeichnen. Dies bestätige die Notwendigkeit der räumlichen Erweiterung.

-.-.-

Zu Punkt 4.2 **Teilhabechancengesetz - Information zum aktuellen Sachstand**

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die als Tischvorlage verteilte Mitteilung der Verwaltung (**Anlage 1**).

-.-.-

Zu Punkt 4.3 **Afrikanische Schweinepest**
hier: Übung des Krisenstabes der Stadt Bielefeld

Beigeordnete Frau Ritschel informiert über die Übung des Krisenstabes der Stadt Bielefeld (**Anlage 2**).

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anfragen**

Zu Punkt 5.1 **Zwischennutzung von freiwerdenden Wohnungen der Britischen Rheinarmee (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.02.2019)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8178/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 3**). Er weist explizit darauf hin, dass nicht nur das Sozialdezernat, sondern der gesamte Verwaltungsvorstand um eine schnelle Entscheidung über die zukünftige dauerhafte Nutzung bemüht sei. Hierbei müsse selbstverständlich auch der Zustand der einzelnen Wohnungen berücksichtigt werden. Letztendlich liege die Entscheidung über eine eventuelle Zwischennutzung allerdings beim Baudezernenten Herrn Moss und beim Kämmerer Herrn Kaschel.

Herr Holler-Göller bedankt sich für die Antwort. Äußert aber auch sein Bedauern über die unterschiedlichen Einschätzungen der Experten bzgl. Zustand und Nutzung der Wohnungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

*Zunächst erfolgen die Beratungen zu TOP 8 und 9.
Die Protokollierungen erfolgen unter den entsprechenden Tagesordnungspunkten im
späteren Teil der Niederschrift.*

Zu Punkt 7 Dritter kommunaler Lernreport (2018) der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7990/2014-2020

Herr Jösting erläutert die Ergebnisse des dritten kommunalen Lernreports 2018 (**Anlage 4**).

Herr Brücher bedankt sich für den sehr umfangreichen Bericht und weist darauf hin, dass Ergebnisse und Darstellungen einen großen Interpretationsspielraum zulassen. Er fordert dazu auf, die Daten durchaus kritisch zu betrachten.

Für Frau Bußmann macht der Bericht deutlich, wo preiswerter Wohnraum benötigt werde.

Frau Adilovic schließt sich Herrn Brücher an. Die reine Aussage, dass es problematisch sein könne, wenn Kinder mit Migrationshintergrund in der Familie nicht die deutsche Sprache sprechen, halte sie für nicht ausreichend. Sie fordert die Verwaltung auf, in zukünftigen Berichten solche Aussagen zu begründen.

Im Namen des Ausschusses bedankt sich Vorsitzender Herr Hood für den Bericht und fordert dazu auf, die Ergebnisse bei der Bewältigung zukünftiger Herausforderungen mit einfließen zu lassen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8**Jahr der Demokratie - Vorschlag für eine Einbeziehung des SGA**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8130/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf den Auftrag des Rates an die Ausschüsse, Veranstaltungen anlässlich des Jahres der Demokratie zu gestalten. Das Ergebnis der Gespräche zwischen der Verwaltung, Frau Gorsler und ihm, liege nunmehr in der als Tischvorlage verteilten Vorlage vor.

Herr Weber bekundet seine Zustimmung, fordert aber noch eine zweite Veranstaltung in der zweiten Jahreshälfte.

Herr Holler-Göller begrüßt den Vorschlag und bewertet das geplante Thema „Teilhabe“ als Menschenrecht, das unlöslich mit der Demokratie verbunden sei.

Herr Gugat unterstützt ebenfalls den Vorschlag, wünscht sich für die mögliche zweite Veranstaltung einen interaktiven und partizipativen Rahmen, in dem jeder Bürger durch Fragen Themen einbringen könnte.

Vorsitzender Herr Hood fordert die Mitglieder dazu auf, noch weitere Ideen einzubringen. Dies sei selbstverständlich auch noch im Nachgang der Sitzung möglich. Die Vorschläge sollten dann an die Geschäftsführung oder ihn persönlich gerichtet werden.

Die Ausschussmitglieder erklären sich einstimmig mit dem unterbreiteten Vorschlag und dem weiteren Vorgehen einverstanden.

-:-

Zu Punkt 9**Ansätze zur Verbesserung der haus- und kinderärztlichen Versorgung für Bielefeld, 2. Lesung**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7630/2014-2020

Über die Verwaltungsvorlage hinaus gibt es verwaltungsseitig keine Ergänzungen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Herrn Hood, werden zunächst der Beschluss des Seniorenrates und die vorliegenden politischen Anträge eingebracht und begründet.

Herr Dr. Aubke erläutert die einzelnen Punkte des Seniorenratsbeschlusses zur Verbesserung der haus- und kinderärztlichen Versorgung in Bielefeld (Drucks.-Nr. 7783/2014-2020). Punkt 1 des Beiratsbeschlusses werde durch den Antrag der CDU-Fraktion konkretisiert. In diesem Zusammenhang verweist er auf Vorgehensweisen angrenzender Kreise und Gemeinden, um die Ärzteniederlassung in ihren Kreis- und Gemeindegebieten zu forcieren.

Herr Weber begründet den Antrag der CDU-Fraktion dahingehend, dass die Entwicklung der ärztlichen Versorgung in Bielefeld eine erhebliche Relevanz habe, und erinnert an die Entwicklungen in bestimmten Stadtbezirken, die den Ärztemangel sichtbar gemacht hätten. Mit dem Ratsbeschluss im April 2018 sei die Verwaltung mit einer Konzeptentwicklung beauftragt worden. Nach seiner Auffassung werde in der Verwaltungsvorlage lediglich der Mangel beschrieben. Dies sei nicht das durch den Ratsbeschluss geforderte Konzept, da es die notwendigen Steuerungsbefugnisse nicht vorsehe. Die Notwendigkeit dieser geforderten Steuerungsbefugnisse werde durch erste Erfolge im Umland deutlich. Unabhängig davon werde aber die CDU-Fraktion die Verwaltung in ihrem Handeln unterstützen, da diese Problemlage mit großem Engagement angegangen werden müsse.

Herr Brücher begründet den gemeinsamen Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten mit dem dringenden Handlungsbedarf bei der Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in Bielefeld. Das Konzept der Verwaltung werde begrüßt. Es werde versucht, den Mangel abzumildern, wobei das grundsätzliche Problem nicht in Bielefeld gelöst werden könne. Hierzu seien, wie Herr Dr. Aubke bereits ausgeführt habe, Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene notwendig. Um dem Anspruch, die ärztliche Versorgung für Bielefeld sicherzustellen, gerecht zu werden, müssten zunächst auch die Bedürfnisse der heutigen Ärztesgeneration betrachtet werden. Hierbei seien folgende Punkte zu berücksichtigen:

- ausgewogene Entwicklung von Freizeit- und Lebensbeziehungen
- Minderung des finanziellen Risikos zu Beginn der Selbstständigkeit, evtl. unter Einbeziehung des städt. Klinikums
- mehr medizinische Versorgungszeit für die Patienten durch Bürokratiebündelung

Die Gründung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) unter Einbeziehung der Städt. Kliniken könne hierfür dienlich sein.

Vereinbarungsgemäß erfolgen die Stellungnahmen der Fraktionen und Gruppen zu den eingebrachten Anträgen.

Herr Weber kritisiert die Stellungnahmen von Ausschussmitgliedern in der Presse über den CDU-Antrag. Für ihn beinhaltet der Koalitions-Antrag lediglich den Vorschlag der Verwaltung und keine eigenen Vorschläge.

Nach Auffassung von Herrn Brücher, sei die Niederlassung von Ärzten nicht davon abhängig, ob eine Unterstützung bei der Suche nach Kita-Plätzen und Wohnraum angeboten werde. Die unter Punkt 1 im CDU-Antrag geforderte zusätzliche Stelle bei der WEGE mbH sei nicht notwendig, da es bereits im Zentrum für Innovation in der Gesundheitswirtschaft OWL (ZIG) ähnliche Unterstützungsangebote gebe. Für die geforderten Unterstützungsleistungen gebe es dort bereits ein funktionierendes Netzwerk.

Der Beschluss des Seniorenrates gehe nach seiner Auffassung in vielen Punkten in die Richtung des Koalitions-Antrages.

Herr Bolte kritisiert, dass aus einem Mangel heraus ein Konzept entwickelt werden solle. Zielführender sei es, Basis und Ursachen zu definieren und so die Probleme anzugehen. Er räumt ein, dass Haus- und Kinderärzte durchaus im unteren Bereich der Ärzteteinkommen liegen. Die Verdienstmöglichkeiten seien allerdings Vorgaben der KVWL. Dennoch zweifelt er an, dass ausschließlich finanzielle Anreize Ärzte zu einer Niederlassung in Bielefeld bewegen könnten. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass er Anreize in Form von Geldzahlungen an Ärzte und Übernahme von Bürgschaften, aufgrund des durch Banken festgestellten besonderen Risikos, ablehne.

Herr Gugat stimmt Herrn Bolte dahingehend zu, dass Ärzte zu den Top-Verdienern der Gesellschaft gehörten und die Zahlung von Zuschüssen nicht erklärbar sei. Er sehe die Gefahr eines Überbietungswettbewerbes zwischen den Kommunen. Für ihn müsse die Stadt Bielefeld als Großstadt grundsätzlich attraktiv genug für die Niederlassung als Arzt sein. Mit der Schaffung von MVZs würden im Koalitions-Antrag strukturelle Vorschläge unterbreitet. Die Unterstützung beim Aufbau von MVZs in Form von Bürgschaften sei auf Aussagen der Bielefelder Ärzte zurückzuführen.

Frau Bußmann bedankt sich für den Beschluss des Seniorenrates. Sie bewerte die Verwaltungsvorlage positiv, weist aber darauf hin, dass eine ausreichende ärztliche Versorgung kein Zufall sein dürfe. Einer finanziellen Unterstützung würde sie zustimmen, soweit eine Einzelfallprüfung vorgenommen werde. Aus ihrer Sicht würden der Beschluss des Seniorenrates und der Änderungsantrag der Koalition die Verwaltungsvorlage ergänzen. Sie könne dem zustimmen.

Herr Holler-Göller verwehrt sich gegen die Vorwürfe von Herrn Weber, der gemeinsame Antrag wäre nur eine Abschrift der Verwaltungsvorlage. Darüber hinaus lehne er ebenfalls motivierende Geldzahlungen an Ärzte ab.

Aufgrund der Stellungnahmen erläutert Beigeordnete Frau Ritschel einige Punkte der Verwaltungsvorlage. Die konkrete Nennung des Stadtbezirkes Sennestadt als ärztlich unterversorgter Stadtbezirk habe lediglich den Hintergrund, dass dort bereits an einem konkreten Projekt gearbeitet werde. Die Verwaltung leite aus dem Konzept den Auftrag ab, das gesamte Stadtgebiet zu betrachten. Aus ihrer Sicht bestehe das geforderte Netzwerk bereits und zwar in der Form der AG „haus- und kinderärztliche Versorgung“ der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK). Den Hinweis des Seniorenrates, die AG um Vertreter der Krankenkassen zu erweitern, werde sie aufnehmen und mit den Netzwerkpartnern erörtern. Bei den finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten stehe sie direkten Prämienzahlungen sehr kritisch gegenüber. Sie sehe ein großes Risiko darin, dass sich Kommunen im Bieterwettbewerb gegenüberstehen könnten. Dies sei für die Zusammenarbeit der „kommunalen Familie“ nicht förderlich. Anders bewerte sie die Möglichkeit der Bürgschaften. Hier werde die Stadt Bielefeld keine Bürgschaften übernehmen, um ein von Seiten der Banken ein geschätztes besonderes Risiko abzudecken. Hierbei solle vielmehr die Bereitschaft niedergelassener Bielefelder Ärzte unterstützt werden, sich in den Aufbau von MVZs einzubringen, auch wenn sie ggf. selbst nur wenige Jahre bis zum Ruhestand davon profitieren.

Herr Copertino und Herr Weber bedauern, dass in Bielefeld die im Um-

land bereits gängige und erfolgreiche Praxis der Anreizentwicklung für die Niederlassung von Ärzten nicht gewollt sei. Für sie reichten Netzwerke nicht aus, Handlungen seien wichtiger. Es ginge nicht allein um Prämienzahlungen, sondern der geforderte Mitarbeiter für die WEGE solle Anreize für die Gewinnung von Ärzten entwickeln und dafür sei ein hohes Engagement der Verwaltung notwendig. Die Einbeziehung des ZIG sei hier nicht zielführend, da kein kommunaler Träger dahinterstehe. Herr Weber weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion die Verwaltungsvorlage nicht mittragen werde, wenn der Änderungsantrag beschlossen und der CDU-Antrag abgelehnt würde.

Herr Brücher teilt mit, dass bei einer Veranstaltung im Sennestadthaus im Sommer 2018 deutlich geworden wäre, dass Ärzte heute nicht mehr zu den klassischen Rahmenbedingungen arbeiten wollen. Sie wollten eine festgelegte Arbeitszeit, mehr Zeit für Patienten und gleichermaßen weniger bürokratischen Aufwand. Gegen den Vorwurf des Plagiats verwehrt er sich und führt aus, dass der Inhalt des Antrages der Koalitionsfraktionen von der Verwaltungsvorlage abgeleitet worden sei und unter Berücksichtigung der geänderten Ärzteswünsche eine andere Zielrichtung erarbeitet wurde.

Dr. Aubke macht noch einmal deutlich, dass es nicht darum gehe, das Einkommen der Ärzte zu steigern. Die Kommunen könnten die Arztneiederlassung in ihren Gebieten nur dadurch beeinflussen, indem sie einen für die Haus- und Kinderärzte ansprechenden Rahmen entwickeln. Nur so hätte die Kommune eine Chance auf diesem umkämpften Markt, ob sie wolle oder nicht.

Frau Gorsler hebt abschließend hervor, dass das Thema der haus- und kinderärztlichen Versorgung eine große Brisanz und Wichtigkeit habe. Die Diskussionen hätten gezeigt, dass die Fraktionen inhaltlich nicht weit voneinander entfernt seien, nur die vorgeschlagenen Herangehensweisen seien unterschiedlich. In erster Linie stehe die Versorgungssicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Bielefeld im Vordergrund. Die Ausführungen der Verwaltung hätten deutlich gemacht, dass ein guter Austausch mit den Ärzten bestehe. Für sie erschließe sich nicht, was eine neu geschaffene Stelle besser machen könne, als das bereits bestehende Netzwerk.

Herr Gugat appelliert an die CDU-Fraktion, dem Konzept zuzustimmen und die Entwicklung abzuwarten und zu begleiten. Das Konzept vor dem Hintergrund abzulehnen, dass der CDU-Antrag keine Zustimmung finde, werde der Situation nicht gerecht.

Vorsitzender Herr Hood fordert die Ausschussmitglieder auf, zunächst über die vorliegenden Anträge in folgender Reihenfolge abzustimmen

- 1) Drucks.-Nr. 8123/2014-2020 ergänzender Antrag der CDU-Fraktion
- 2) Drucks.-Nr. 7793/2014-2020 ergänzenden Beschluss des Seniorenrates
- 3) Drucks.-Nr. 8213/2014-2020 Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen

Die Protokollierung der gefassten Beschlüsse erfolgt unter den entspre-

chenden Tagesordnungspunkten im späteren Teil der Niederschrift.

Aufgrund der vorherigen Beschlüsse, erfolgt nunmehr der Beschluss über die Drucks.-Nr. 7630/2014-2020.

Beschluss:

Unter Berücksichtigung des beschlossenen Änderungsantrages, Drucks.-Nr. 8213/2014-2020, empfiehlt der Sozial- und Gesundheitsausschuss dem Rat wie folgt zu beschließen:

- 1. Der Rat nimmt die Ausführungen gemäß Anlage zur Kenntnis. Er begrüßt die darin beschriebenen Ansätze zur Verbesserung der haus- und kinderärztlichen Versorgung für Bielefeld.**
- 2. Unabhängig von den nachfolgenden Punkten appelliert der Rat an die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL), ihren Sicherstellungsauftrag hinsichtlich der ärztlichen Versorgung wahrzunehmen. Der Rat erwartet von der KVWL verstärkte Anstrengungen, damit Versorgungsengpässe abgemildert und insbesondere die haus- und kinderärztliche Versorgung – auch mit Blick auf die demografische Entwicklung – nachhaltig gesichert werden.**
- 3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, Initiativen zur Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) oder Gemeinschaftspraxen in besonders schlecht versorgten Stadtbezirken aktiv und auch z.B. mittels Bereitstellung städtischer Bürgschaften und weiteren geeigneten Maßnahmen zu unterstützen.**
- 4. Der Rat beauftragt die Verwaltung weiterhin, die begonnenen Aktivitäten zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung in den Bereichen Senne, Sennestadt, Stieghorst und Jöllenbeck aktiv zu unterstützen. Er bittet darum, auch das Klinikum Bielefeld in diesen Prozess einzubeziehen.**
- 5. Der Rat bittet die „AG ärztliche Versorgung“ der Kommunalen Gesundheitskonferenz um eine weitere kontinuierliche Begleitung des Prozesses für die Folgejahre. Er regt hierbei ausdrücklich auch die Einbeziehung der Krankenkassen sowie die Durchführung einer Fachveranstaltung im Jahr 2019 zur Entwicklung weiterer Ideen an. Auch Aspekte der Barrierefreiheit sollen dabei in den Blick genommen werden.**
- 6. Der Rat sieht den „Verein zur Förderung der medizinischen Ausbildung und Versorgung in OWL e.V.“ als geeignete Plattform an, um ebenfalls Projekte zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung voranzubringen. Er bittet den Oberbürgermeister, sich dafür einzusetzen, dass der Verein gerade in den kommenden Jahren seine Aktivitäten auch auf dieses Themenfeld ausrichtet.**
- 7. Die Verwaltung wird aufgefordert, über die Landesregierung und den Städtetag darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der derzeitigen Novellierung der Bedarfsplanungsrichtlinien auch die derzei-**

tigen Mittelbereiche plus Randgemeinden kleinräumiger gestaltet werden können.

8. Der Rat wünscht sich in den entsprechenden Fachausschüssen eine jährliche Berichterstattung über die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen unter Einbeziehung der KVWL und den lokalen haus- und kinderärztlichen Netzwerken. Melden sich Interessenten für die Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) oder Gemeinschaftspraxen bei der Stadt, sind die entsprechenden Fachausschüsse zeitnah zu informieren.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen -
Abstimmung: 5-Nein-Stimmen

-.-.-

Zu Punkt 9.1

Beschluss des Seniorenrates vom 19.12.2018: Verbesserung der haus- und kinderärztlichen Versorgung in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7783/2014-2020

Protokollierung der Diskussion erfolgt unter TOP 9.

Beschluss:

Der SGA empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Die im Rahmen kommunaler Handlungsoptionen beeinflussbaren sog. weichen Standortfaktoren für ansiedlungswillige ÄrztInnen sind zu konkretisieren und die hierfür erforderlichen Finanzmittel im Haushalt bereit-zustellen.
2. Neben der Übernahme von Bürgschaften sowie der Bereitstellung von Grundstücken/Räumlichkeiten sollten für ansiedlungswillige ÄrztInnen nach kritischer Prüfung der regionalen Unterversorgung in Stadtbezirken auch Investitionszuschüsse seitens der Kommune ermöglicht werden.
3. Im Rahmen der Konzeptentwicklung von MVZ sollte die Möglichkeit mobiler Versorgungseinheiten für ältere Menschen berücksichtigt werden.
4. Politik und Verwaltung werden aufgefordert, über die Landesregierung NRW und den Städtetag darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der derzeitigen Novellierung der Bedarfsplanungsrichtlinien auch die derzeitigen Mittel-bereiche plus Randgemeinden kleinräumiger gestaltet werden können.
5. Die Verwaltung wird aufgefordert, die drohende Unterversorgung in Jöllenbeck und insbesondere Stieghorst engmaschig zu beobachten und im SGA berichten.
6. In dem aufzubauenden Netzwerk für die Planung ärztlicher Versorgung müssen die Krankenkassen eingebunden werden.

- mit Mehrheit abgelehnt -
Abstimmung: 6 Ja-Stimmen

-.-.-

Zu Punkt 9.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 15.02.2019 zur Drucks.-Nr. 7630/2014-2020 "Ansätze zur Verbesserung der haus- und kinderärztlichen Versorgung für Bielefeld"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8123/2014-2020

Protokollierung der Diskussion erfolgt unter TOP 9.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Eine zusätzliche Stelle bei der WEGE mbH einzurichten, die speziell für die Ärztebetreuung sowie Unterstützung bei Fachtagungen und Kongressmarketing zuständig ist und die Begleitung des Aufbaus der medizinischen Fakultät inklusive medizinischer Wirtschaftsbetriebe fördert.
2. Im Rahmen des jährlichen Berichtes der WEGE insbesondere über die haus- und kinderärztliche Versorgung in den einzelnen Stadtteilen unter besonderer Berücksichtigung einer möglichen Unterversorgung zu berichten.
3. Rahmenbedingungen für eine Studienstiftung/Studienförderung zu schaffen, die daran gekoppelt ist, Medizinstudenten ab der klinischen Ausbildung, mit einer monatlichen Förderung zu unterstützen, wenn sie sich im Gegenzug dazu verpflichten einige Jahre als praktischer Arzt/Ärztin in Bielefeld zu praktizieren. Vor allem dann, wenn sie sich in medizinisch unterversorgten Stadtgebieten niederlassen.
4. Rahmenbedingungen für Ärzte/Ärztinnen zu schaffen, die Hilfe bei der Wohnungssuche und bei der Suche von Wohnbauland benötigen.
5. Arztspezifische Kindergartenplätze zu schaffen, die die Bedürfnisse von Ärzten/Ärztinnen berücksichtigen, wie z. B. Flexibilität bei den Öffnungszeiten.
6. Betreuungsservice für Nacht- und Notfallzeiten zur Verfügung zu stellen.
7. Unterstützungsangebote zu schaffen, die Ärzte/Ärztinnen im Bereich der administrativen Tätigkeiten, Hilfestellungen bieten. Dieses Angebot soll sich vor allem auf Einzel- oder Dop-

pelpraxen beziehen.

8. **Den Deutschen Hausarzt Service bei der Gewinnung von Ärzten/Ärztinnen mit einzubinden**

9. **Die Punkte des Antrages des Seniorenrates zu übernehmen.**

- mit Mehrheit bei einer Enthaltungen abgelehnt -
Abstimmung: 5 Ja-Stimmen

-.-.-

Zu Punkt 9.3

gemeinsamer Änderungsantrag von SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten vom 21.02.2019 zur Drucks.-Nr. 7630/2014-2020 "Ansätze zur Verbesserung der haus- und kinderärztlichen Versorgung in Bielefeld"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8213/2014-2020

Protokollierung der Diskussion erfolgt unter TOP 9.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem RAT, wie folgt zu beschließen:

1. **Der Rat nimmt die Ausführungen gemäß Anlage zur Kenntnis. Er begrüßt die darin beschriebenen Ansätze zur Verbesserung der haus- und kinderärztlichen Versorgung für Bielefeld.**
2. **Unabhängig von den nachfolgenden Punkten appelliert der Rat an die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL), ihren Sicherstellungsauftrag hinsichtlich der ärztlichen Versorgung wahrzunehmen. Der Rat erwartet von der KVWL verstärkte Anstrengungen, damit Versorgungsengpässe abgemildert und insbesondere die haus- und kinderärztliche Versorgung – auch mit Blick auf die demografische Entwicklung – nachhaltig gesichert werden.**
3. **Der Rat beauftragt die Verwaltung, Initiativen zur Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) oder Gemeinschaftspraxen in besonders schlecht versorgten Stadtbezirken aktiv und auch z.B. mittels Bereitstellung städtischer Bürgschaften und weiteren geeigneten Maßnahmen zu unterstützen.**
4. **Der Rat beauftragt die Verwaltung weiterhin, die begonnenen Aktivitäten zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung in den Bereichen Senne, Sennestadt, Stieghorst und Jöllenbeck aktiv zu unterstützen. Er bittet darum, auch das Klinikum Bielefeld in diesen Prozess einzubeziehen.**

5. Der Rat bittet die „AG ärztliche Versorgung“ der Kommunalen Gesundheitskonferenz um eine weitere kontinuierliche Begleitung des Prozesses für die Folgejahre. Er regt hierbei ausdrücklich auch die Einbeziehung der Krankenkassen sowie die Durchführung einer Fachveranstaltung im Jahr 2019 zur Entwicklung weiterer Ideen an. Auch Aspekte der Barrierefreiheit sollen dabei in den Blick genommen werden.
6. Der Rat sieht den „Verein zur Förderung der medizinischen Ausbildung und Versorgung in OWL e.V.“ als geeignete Plattform an, um ebenfalls Projekte zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung voranzubringen. Er bittet den Oberbürgermeister, sich dafür einzusetzen, dass der Verein gerade in den kommenden Jahren seine Aktivitäten auch auf dieses Themenfeld ausrichtet.
7. Die Verwaltung wird aufgefordert, über die Landesregierung und den Städtetag darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der derzeitigen Novellierung der Bedarfsplanungsrichtlinien auch die derzeitigen Mittelbereiche plus Randgemeinden kleinräumiger gestaltet werden können.
8. Der Rat wünscht sich in den entsprechenden Fachausschüssen eine jährliche Berichterstattung über die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen unter Einbeziehung der KVWL und den lokalen haus- und kinderärztlichen Netzwerken. Melden sich Interessenten für die Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) oder Gemeinschaftspraxen bei der Stadt, sind die entsprechenden Fachausschüsse zeitnah zu informieren.

- mit großer Mehrheit beschlossen -
 Abstimmung: 5 Nein-Stimmen

*Es erfolgt die Beratung zu TOP 7.
 Die Protokollierung erfolgt unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt im
 vorderen Teil der Niederschrift.*

Zu Punkt 10 Lebenslagenbericht 2017/2018, 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7778/2014-2020

Auf Fragen von Herrn Gugat führt Herr Bergen aus, dass der Lebenslagenbericht eine rein quantitative Darstellung sei. Die Zufriedenheit der Menschen könne nicht abgebildet werden. Dies erfordere einen großen Erhebungsaufwand. Es würden in der Verwaltung aber schon Überlegungen angestrengt, wie Zufriedenheit abbildbar gemacht werden könne.

Frau Bußmann sieht die Mechanismen gut beschrieben die ursächlich dafür seien, dass Menschen in der Altersarmut verharren und keinen Weg hinaus finden.

Frau Huber teilt mit, dass sich der Seniorenrat mit dem Thema „Altersarmut“ bereits seit einiger Zeit beschäftige. Sie kündigt für eine der nächsten Sitzungen Anträge des Seniorenrates zu den Themen „Grundsicherung“ und „Verringerung von Altersarmut“ an.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Zu Punkt 10.1 Beschluss des Integrationsrates: Lebenslagenbericht 2017/2018
hier: Besondere Aspekte der Lebenssituation älterer Migrantinnen und Migranten**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7941/2014-2020

Frau Adilovic erläutert die schriftliche Begründung des Antrags.

Frau Gorsler begrüßt den Beschluss des Integrationsrates. Die Bevölkerungsgruppe der älteren Migrantinnen und Migranten würde immer größer und deren besonderen Belange müssten deshalb auch stärker in den Fokus genommen werden. Da der Lebenslagenbericht zu den angesprochenen Themen wenig Aussagen liefere, halte sie eine weitere Betrachtung im Rahmen des Lebenslagenberichtes als nicht zielführend. Sie schlägt vor, den Beschluss des Integrationsrates in den Arbeitsprozess „Älter werden in Bielefeld“ zu überführen. Dort werde dann weiter daran gearbeitet und Ende des Jahres im SGA darüber berichtet.

Herr Weber stimmt Frau Gorsler in ihrer Einschätzung zu. Er fordert die Verwaltung auf, bereits bestehende Berichte daraufhin zu prüfen, ob die vom Integrationsrat beschlossenen Aspekte dort bereits aufgenommen worden seien. Es sei zielführender, so ermittelte Synergien in den Arbeitsprozess mit einfließen zu lassen.

Herr Gugat bedankt sich beim Integrationsrat für den Beschluss, halte ihn aber nicht dafür geeignet, den Lebenslagenbericht zu verändern.

Herr Paus stuft den vorliegenden Beschluss als passend, aber zu kurz gegriffen ein. Integration sei ein Querschnittsthema und im Prozess „Älter werden in Bielefeld“ gut verortet.

Beigeordneter Herr Nürnberger schlägt vor, aufgrund des vorliegenden Konsenses des Ausschusses die Antragsinhalte in den Arbeitsprozess mit aufzunehmen. Im Rahmen des Arbeitsprozesses sei beabsichtigt, Querschnittsaufgaben in der Lenkungsgruppe zu diskutieren und dazu auch Experten einzuladen. Er schlägt daher vor, die Punkte des Integrationsrates dort aufzurufen und den Integrationsrat zu der entsprechenden Lenkungsgruppensitzung einzuladen. Die Ergebnisse würden dann im

SGA vorgestellt.

Frau Adilovic erklärt sich damit einverstanden, dass die Aspekte des vom Integrationsrat beschlossenen Antrags im Arbeitsprozess „Älter werden in Bielefeld“ aufgenommen werden.

Beschluss:

Der SGA nimmt den Beschluss des Integrationsrates zur Kenntnis und die Verwaltung nimmt die Antragsinhalte in den Arbeitsprozess „Älter werden in Bielefeld“ auf.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen - Vorschlag der Verwaltung für die Vertragsperiode 2020 – 2022, 1. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8121/2014-2020

Über die Verwaltungsvorlage hinaus gibt es verwaltungsseitig keine Ergänzungen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Herrn Hood, werden zunächst der Antrag der CDU-Fraktion (TOP 11.1), der Beschluss des Seniorenrates (TOP 11.2) und der als Tischvorlage verteilte Antrag der FDP-Ratsgruppe (TOP 11.3 neu) eingebracht und begründet.

Herr Weber bittet um Zustimmung zum CDU-Antrag, der in Unkenntnis der Verwaltungsvorlage gestellt worden sei. In Vorbereitung der Beschlussfassung seien, über die Stellungnahmen der Verwaltung und der Arbeitsgemeinschaft Wohlfahrtsverbände Bielefeld (AGW) hinaus, konkrete Informationen notwendig. Dadurch erhoffe man sich eine Orientierung darüber, wie Verwaltung gedenkt mit den Vorschlägen der AGW umzugehen. Gewünscht seien hier keine Einzelheiten, sondern eine Darstellung des finanziellen Gesamtkontextes. Da der Tagesordnungspunkt als 1. Lesung ausgewiesen sei, sehe er in der Forderung nach mehr Informationen kein Problem.

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass die Politik frei in ihrer Entscheidung sei, ob eine Beschlussvorlage in 1. Lesung behandelt werde. Obwohl im Titel des Tagesordnungspunktes ein Hinweis auf eine 1. Lesung gegeben worden sei, könne durchaus eine Beschlussfassung erfolgen. Verwaltungsseitig sei eine 1. Lesung nicht zwingend notwendig. Mit der Verwaltungsvorlage solle die Politik die Verwaltung beauftragen, mit den Trägern zu verhandeln. Vor dem Hintergrund, dass eine endgültige Beschlussfassung über den Vertragsrahmen im Juni erfolgen solle, sei eine schnelle Beschlussfassung erstrebenswert, um ausreichend Zeit für die Verhandlungen mit den Trägern zu haben.

Frau Weißenfeld erklärt für die SPD-Fraktion, dass dort keine 1. Lesung

gefordert werde.

Frau Huber begründet den Beschluss des Seniorenrates und verweist auf die im Antrag aufgeführte Begründung. Am Beispiel der Internetplattform www.bielefelder-senioren-online (BiSON) macht sie deutlich, wie Projekte in der Vergangenheit mit den ungebundenen Finanzmitteln gestartet werden konnten. Darüber hinaus würde man ebenfalls der Forderung aus dem Altenbericht 2017 nach Förderung von innovativer Seniorenarbeit nachkommen. Eine Bereitstellung der geforderten Finanzmittel würde es ebenfalls möglich machen, entwickelte Ideen aus dem Arbeitsprozess „Älter werden in Bielefeld“ auszugestalten und entsprechende Projekte anzustoßen.

Die Anwesenden stehen dem Beschluss positiv gegenüber. Einhellig wird vorgeschlagen, den Beschluss in die Liste der eingegangenen Änderungsanträge aufzunehmen, um dann im Gesamtkontext darüber zu entscheiden.

Herr Teutrine begründet den als Tischvorlage verteilten Ergänzungsantrag der FDP-Ratsgruppe (*Hinweise der Schriftführung: Zur besseren Recherche wurde der Antrag unter Drucks.-Nr. 8230/2014-2020 im Ratsinformationssystem erfasst.*). Mit der Darstellung der Ziele der einzelnen Vereinbarungen, solle die Wirksamkeit gemessen und die Ziele evtl. nachgesteuert werden können.

Beigeordneter Herr Nürnberger macht deutlich, dass die Forderungen des FDP-Antrages bereits in der letzten Leistungsperiode implementiert worden seien. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Drucks.-Nr. 5707/2014-2020, mit der am 28.11.2017 die ersten Ergebnisse des Fachcontrollings im SGA vorgestellt worden seien. Eine Fortführung des Fachcontrollings ist beabsichtigt, eine schriftliche Auswertung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt zeitlich aber nicht leistbar. Er schlägt vor, die Forderung der FDP in die vorliegende Verwaltungsvorlage mit einzuarbeiten. Herr Paus, Herr Holler-Göller und Herr Weber begrüßen den Vorschlag der Verwaltung. Frau Weißenfeld gibt darüber hinaus zu bedenken, dass die Bewertung von sozialer Arbeit nur sehr schwer möglich sei.

Im Anschluss an die geführten Diskussionen schlägt Beigeordneter Herr Nürnberger folgendes Vorgehen vor:

- Die Verwaltung stellt die von der CDU-Fraktion geforderte Darstellung über die Eigenanteile für die Arbeitsbereiche bis zur nächsten Sitzung soweit sie vorliegen zusammen. Dies sei nur für einige Bereiche möglich und eine 100%-ige Genauigkeit kann nicht garantiert werden.
- Der Beschluss des Seniorenrates wird per SGA-Beschluss als Antrag in die Liste „Problemanzeigen/Anträge freier Träger“ aufgenommen.
- Die inhaltlichen Forderungen des FDP-Antrages wird in die Verwaltungsvorlage Drucks.-Nr. 8121/2014-2020 eingearbeitet.
- Punkt 4 der Verwaltungsvorlage wird beschlossen, um Gespräche zu den eingegangenen Anträgen zwischen Verwaltung und Träger zu

ermöglichen.

Vorsitzender Herr Hood fasst die Gesprächsergebnisse und den Vorschlag von Beigeordnetem Herrn Nürnberger zusammen. Den Abstimmungsvorschlag über die Verwaltungsvorlage konkretisiert er dahingehend, dass ein Beschluss nur zu Punkt 4 des Beschlussvorschlages gefasst werde und die übrigen Punkte des Beschlussvorschlages in erster Lesung behandelt würden. Der Antrag der FDP-Ratsgruppe werde, mit Blick auf die Zusagen der Verwaltung, ebenfalls als erste Lesung gewertet.

Die Anwesenden, insbesondere die Antragsteller, stimmen den unterbreiteten Vorschlägen der weiteren Verfahrensweisen zu.

Die Protokollierung der gefassten Beschlüsse erfolgt unter den entsprechenden Tagesordnungspunkten im späteren Teil der Niederschrift.

Nach einhelliger Meinung erfolgen getrennte Abstimmungen über den Punkt 4 und die übrigen Punkte des Beschlussvorschlages der Drucks.-Nr. 8121/2014-2020.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu den in Anlage 1 des Berichts aufgeführten Anträgen und Problemstellungen eine fachliche Einschätzung vorzunehmen und gegebenenfalls einen Finanzierungsvorschlag vorzulegen.

-einstimmig beschlossen -

Beschluss:

Die Beschlussfassung über die Punkte 1, 2, 3 und 5 des Beschlussvorschlages werden nur in 1. Lesung behandelt.

-einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 15.02.2019 zur Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8133/2014-2020

Herr Weber erklärt sich für die CDU-Fraktion damit einverstanden, dass die Verwaltung versuche, für die Arbeitsbereiche eine grobe Darstellung der Eigenanteile der freien Träger bis zur März-Sitzung zu erarbeiten.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt kurzfristig dem Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) einen Statusbericht über die Verträge im Leistungs- und Finanzierungsbereich vorzulegen. Hierin soll unter anderem aufgezeigt werden, in welchen Arbeitsbereichen die Verträge welchen Eigenanteil aufweisen und wie hoch der städtische Anteil an dem Leistungsvertrag ist.

Der SGA erklärt sich mit einer groben Darstellung der Eigenanteile einverstanden und nimmt aufgrund der Kürze der Zeit in Kauf, dass eine 100%-ige Genauigkeit der Zahlen von der Verwaltung nicht garantiert werden kann.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11.2

Beschluss des Seniorenrates vom 20.02.2019: Leistungs- und Finanzierungsverträge (LuF) ab 2020 ff. hier: Antrag auf Gewährung und Bereitstellung von jährlich neu zu vergebenden Projektmitteln für die offene Seniorenarbeit in Höhe von 15.000 Euro (Antrag von Frau Huber vom 06.02.2019)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8109/2014-2020

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt, dass die folgende Forderung des Seniorenrates in die Liste der „Problemanzeigen/Anträge freier Träger“ (Anlage 1 der Beschlussvorlage Drucks.-Nr. 8121/2014-2020) mit aufgenommen und im weiteren Verfahren bewertet wird:

„Mit Abschluss der Leistungs- und Finanzierungsverträge (LuF) ab 2020 ff. sollen im Rahmen jährlich neu zu vergebender Projektmittel für die offene Seniorenarbeit in Höhe 15.000,00 Euro über die Laufzeit der LuF gewährt und bereitgestellt werden. Die Verwaltung wird mit der Publizierung dieser Projektmittel beauftragt.“

-einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11.3 Antrag der FDP-Ratsgruppe vom 26.02.2019 zur Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8230/2014-2020

Ohne Beschlussfassung besteht Konsens darüber, dass die Verwaltung versucht, bis zur März-Sitzung den Grundgedanken des Antrages (**Anlage 5**) in die Beschlussvorlage miteinzuarbeiten.

- 1. Lesung -

Zu Punkt 12 Stadtteilküche hier: Informationen zum Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7863/2014-2020

Frau Krutwage macht deutlich, dass diese Maßnahme die enge Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Bauen (Stadtentwicklung) und Soziales zeigen. Im Rahmen der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte sollen in benachteiligten Quartieren Orte geschaffen werden, an denen sich Menschen begegnen könnten. Die „Stadtteilküche“ solle über das gemeinsame Kochen hinaus als Stadteleinrichtung dienen. Sie informiert über die wesentlichen Punkte der vorgesehenen Finanzierung, die umfanglich in der Vorlage beschrieben werde.

Auf Nachfrage von Herrn Weber informiert Vorsitzender Herr Hood über die derzeit vorliegenden Abstimmungsergebnisse der Bezirksvertretung Stieghorst und des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 13 ESF-Bundesprogramm "Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) hier: "Quartier als Beschäftigungsraum"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8084/2014-2020

Frau Vogel informiert über die Ergebnisse des 2018 beendeten Projektes „Arbeit und Mehrwert im Quartier“ und stellt das Folgeprojekt „Quartier als Beschäftigungsraum“ vor (**Anlage 6**).

Fragen von Frau Wegner, Frau Bußmann, Herrn Holler-Göller und Herrn Schneck werden von Frau Vogel beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 14 Ernennung eines neuen Mitgliedes des Psychiatriebeirates

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8014/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss ernennt auf Vorschlag des Vereins für freiwillige Suchthilfe in Bielefeld e. V. Herrn Karl-Wilhelm Beckmann als neuen Delegierten im Psychiatriebeirat.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 15 Rahmenkonzept "Schulsozialarbeit in Bielefeld"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8096/2014-2020

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Herr Hood verzichtet die Verwaltung, aufgrund der vorgerückten Zeit, auf weitere Ausführungen zur Vorlage.

Auf Bitten von Herrn Paus (nicht mehr anwesend) weist Herr Gugat auf die konkreten zukunftsweisenden Maßnahmen hin, die in den grauen Kästchen (s. Seite 17 und 19 des Berichtes) aufgeführt seien. Diese Maßnahmen sollten bei der Weiterentwicklung im Fokus stehen.

Frau Weißenfeld bittet um eine Aufstellung zur Schulsozialarbeit in den einzelnen Handlungsfeldern (u. a. Integration, BuT).

Auf Frage von Frau Wegner teilt Frau Krutwage mit, dass die Erstellung eines schuleigenen Konzeptes von der Kommune nicht verpflichtend eingefordert werden könne.

Sie hebt ausdrücklich hervor, dass mit dem vorgelegten Konzept eine gute Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe gelungen sei. Langfristiges Ziel aller Beteiligten sei es, gute Rahmenbedingungen für Kinder und Jugendliche zu schaffen, um ein erfolgreiches Lernen zu ermöglichen.

Hinweis der Schriftführung:

*Die vorbereitete Präsentation der Verwaltung, über die Herausforderungen und die Empfehlungen des Rahmenkonzeptes, wurde im Ratsinformationssystem veröffentlicht und als **Anlage 7** der Niederschrift beigelegt.*

1. Lesung -

Zu Punkt 16 **Bericht aus Bielefeld integriert**

- abgesetzt -

Zu Punkt 17 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzender Herr Hood stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.